



Network Turkey  
Academic Community for Turkish Studies

**Network Turkey Discussion Paper No. 8**

**Die neue Türkei:  
Vorbild für die arabischen Reformländer?**

by

**Ludwig Schulz**

[Ludwig.schulz \[at\] gmx.net](mailto:Ludwig.schulz[at]gmx.net)

Munich 2011

## Zusammenfassung

Kaum ein anderes Land wurde im Zuge der politischen Umstürze und Transformationen in den arabischen Ländern so oft als Vorbild und Modell genannt wie die Türkei. Dabei wird meist die Gemeinsamkeit der islamischen Kultur hervorgehoben, zu der die Demokratisierung der Türkei hinzugezogen wird. Die Türkei wird so zum Beweismittel für die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie und soll als Modell für die arabischen Länder fungieren. Ebenso wird die regierende Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan als Vorbild für die demokratie-orientierten, „gemäßigten“ Islamisten der arabischen Reformländer betrachtet. Ob allerdings Realitätsreduktion gepaart mit demokratischem Wunschdenken ein geeigneter Zugang für die komplexen Zusammenhänge in der Region sind, ist durchaus anzuzweifeln. Vielmehr muss sich der besondere Entwicklungsweg der Türkei bewusst gemacht und die „neue“ Türkei in die Pflicht genommen werden, ihren Weg der Modernisierung und Demokratisierung konsequent weiter zu verfolgen.

## Abstract

*In the wake of the political uprisings and transformations in Arab countries, hardly any other country has been cited as an archetype or model as often as Turkey. Most of the time, emphasis is placed on the common Islamic culture shared with Turkey, with the country's democratization seen as another important factor. In this regard, Turkey is taken as an example to verify the compatibility of Islam and democracy and it represents a model which the Arab countries wish to emulate. Likewise, the ruling Justice and Development Party (AKP) of Prime Minister Recep Tayyip Erdoğan is perceived as an archetype for the democracy oriented, "moderate" Islamists in the Arab reform countries. However, the question should be raised, whether combining reality reduction and democratic wishful thinking helps in understanding the complex relationships in the region. Rather, Turkey's special historical developments must be taken into consideration, which leads to the conclusion that it cannot serve as a model, but as a benchmark and a source of inspiration for others – provided that Turkey consequently continues its way to modernization and democratization.*

**Kritische Kommentare werden dankend angenommen!**

**Bitte keine Zitate entnehmen, ohne den Autor zu kontaktieren!**

***Comments and critique are highly welcomed!***

***Please do not quote without contacting the author!***

**Ludwig Schulz, M.A.**

LMU München

[Ludwig.schulz@gmx.net](mailto:Ludwig.schulz@gmx.net)

München, November 2011

Stand aller Online-Quellen: 2. November 2011

*All online sources available on 2 November 2011*

**Inhaltsverzeichnis**

1. Einleitung: Die Türkei und der „Arabische Frühling“ .....	3
2. Die Besonderheit der türkischen Transformation oder: Ist die Türkei ein Modell für die arabischen Länder? .....	6
3. Der politische Islam in der Türkei oder: Ist die AKP ein Vorbild für die arabischen Reformisten?.....	10
4. Die „neue“ Türkei als Inspiration und Orientierungsgröße für die arabischen Reformstaaten.....	12
5. Fazit: Die neue Türkei vor großen Herausforderungen.....	15

### 1. Einleitung: Die Türkei und der „Arabische Frühling“

Kaum ein anderes Land wurde 2011 im Zuge der politischen Umstürze und Transformationen in den arabischen Ländern so oft als Vorbild und Modell genannt wie die Türkei.<sup>1</sup> Im In- und Ausland wird sie heute als Land gesehen, in welchem der oft als demokratie-resistent beschriebene Islam eine fruchtbare Verbindung mit einer demokratischen politischen Ordnung eingegangen ist: Die Türkei als Beispiel für die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie, als Vorbild, dem die islamischen Länder im Nahen und Mittleren Osten nachfolgen sollen. Und tatsächlich konnte das Land im Sommer 2011 keinen besseren Beweis für seine eigene Transformationsleistung geben: Im Juli bestätigten mehr als 50 Millionen Wahlberechtigte die seit 2002 regierenden Regierung der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) unter Führung Recep Tayyip Erdoğans im Amt und wählten damit die Kontinuität. Trotz eines von Beobachtern als inhaltsleer kritisierten und wie immer bissig geführten Wahlkampfs sowie der Diskriminierung kurdischer Parteien und Gruppen im Vorfeld, wurden die Wahlen international als „geordnet“ und „frei“ gewürdigt.<sup>2</sup> Während die anderen Länder der Region mit Revolutionen und tief greifenden Veränderungen zu kämpfen hatten, präsentierte sich die Türkei als ein Anker politischer Stabilität.<sup>3</sup>

Als Repräsentant einer soliden Parlaments- und Bevölkerungsmehrheit konnte Ministerpräsident Erdoğan seine Politik des Reformismus, der Wirtschaftsliberalisierung und der außenpolitischen Öffnung des Landes fortführen. Zwei Paukenschläge folgten umgehend: Knapp sechs Wochen nach der

<sup>1</sup> Vgl. bspw. „Der Mann, der Demokratie und Islam zusammengebracht hat“, Interview mit Arnold Hottinger in: *Basler Zeitung* vom 13. September 2011; Höhler, Gerd: Vorbild Türkei? Demokratie made by Erdogan, in: *Frankfurter Rundschau* vom 31. Januar 2011; Khalid, Hamad Ali: The Turkish model: Democratic normality, in: *Today's Zaman* vom 12. Februar 2011; Martens, Michael: Der Leuchtturm für Alexandria, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 3. Februar 2011; Perthes, Volker: Die Türkei könnte Vorbild und Vermittler sein, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 18. April 2011.

<sup>2</sup> Vgl. Observation of the parliamentary elections in Turkey (12 June 2011), Bericht der Parlamentarischen Versammlung des Europarats vom 5. September 2011, S. 9 und 11. Online verfügbar unter <http://assembly.coe.int/Documents/WorkingDocs/Doc11/EDOC12701.pdf>. Der Bericht benennt auch eine Vielzahl an Defiziten.

<sup>3</sup> Vgl. auch Kalin, İbrahim: A triumph for Turkish democracy, in: *Al Jazeera Online* vom 13. Juni 2011, <http://english.aljazeera.net/indepth/opinion/2011/06/201161310911608762.html>. Kalin ist Chefberater für Außenpolitik von Ministerpräsident Erdoğan.

Wahl trat nahezu der gesamte Generalstab von seinen Ämtern zurück. Was als Ausdruck offenbaren Unmuts über das harte juristische Vorgehen der Regierung gegen Dutzende vermeintliche und tatsächliche Putschisten in den Reihen der Armee und deren Führung gelten sollte,<sup>4</sup> war in Wahrheit ein Eingeständnis des Militärs: Es musste eine weitere Niederlage gegen eine immer selbstbewusster auftretende, demokratisch gewählte Regierung verzeichnen, die das Militär von seiner traditionell übergeordneten Machtposition zu stoßen versucht. Mit dem kollektiven Rücktritt scheint offenbar jene Gefahr gebannt, die über Jahrzehnte das politische System der Türkei durch vollzogene oder angedeutete Coups bedrohte und destabilisierte. Ebenso wurde Hoffnung laut, dass das exklusivistische Sicherheitsparadigma, welches das Militär und die kemalistischen Kräfte in der Verfassung von 1980 verankert und seither über das gesamte gesellschaftspolitische System gewölbt hatten, durchbrochen und durch ein neues, demokratisch gestaltetes und den gesellschaftlichen Pluralismus akzeptierendes Paradigma ersetzt werden könnte.<sup>5</sup> Hierfür ruhen nun alle Blicke auf der Versöhnungskommission, die unter Vorsitz des Parlamentspräsidenten Cemil Cicek ab Oktober 2011 eine neue Verfassung ausarbeiten soll. Über diese soll letztlich die Bevölkerung in einem Referendum entscheiden.

Während der innenpolitische Konstituierungsprozess ablief, brachte Erdoğan einen weiteren, Paukenschlag in der Außenpolitik: Während einer groß angelegten Reise in die arabischen Umsturz- und Reformstaaten Ägypten, Tunesien und Libyen empfahl er die Trennung von Staat und Religion und verteidigte damit den Säkularismus als einzig praktikablen Mechanismus, mit dem die islamischen Länder Demokratie und Modernisierung versöhnen und ein gesellschaftliches Auseinanderbrechen entlang konfessioneller oder religiöser Trennlinien verhindern könnten. Erdoğan, der selbst einer islamistischen Bewegung

<sup>4</sup> Zu den so genannten Verfahren „Ergenekon“ und „Balyoz“ vgl. bspw. Cizre, Ümit/ Walker, Joshua: Conceiving New Turkey after Ergenekon, in: *The International Spectator*, 45 (1), 2010, S. 89-98.

<sup>5</sup> Vgl. Gottschlich, Jürgen: Türkisches Militär kapituliert vor Erdogan, in: *Spiegel Online* vom 30. Juli 2011, [www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,777462,00.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,777462,00.html); Lerch, Wolfgang Günther: Eine anatolische Machtprobe, in: *Frankfurt Allgemeine Zeitung* vom 31. Juli 2011; Turgut, Pelin: Erdogan showdown with generals shows advance of Turkey's democracy, in: *Time Magazine Online* vom 3. August 2011, [www.time.com/time/world/article/0,8599,2086490,00.html](http://www.time.com/time/world/article/0,8599,2086490,00.html).

entstammt, welche früher unter ihrem Anführer Necmettin Erbakan in der Türkei eine islamische Ordnung etablieren wollte und einen Zusammenschluss aller islamischer Staaten favorisierte, überraschte mit seinen Äußerungen, indem er zeigte, wie deutlich er sich von seinem anti-säkularen Vorgänger emanzipiert hatte: „Macht Euch keine Gedanken wegen des Laizismus“, sagte Erdoğan einem ägyptischen TV-Sender, denn er selbst sei ein Beispiel dafür, dass es möglich ist, einem säkularen und prosperierenden Staat als Muslim vorstehen zu können.<sup>6</sup>

Damit spricht Erdoğan selbst jene vermeintliche Paradoxie an, mit der er und seine Partei seit ihrem Amtsantritt 2002 konfrontiert wird: Denn in der Regel hatte eben jenes islamistische Lager, dem Erdoğan und seine Verbündeten entstammen, seit der Frühzeit der Republik die von Atatürk festgelegte laizistische Ordnung mit der strikten Trennung von Staat und Religion herausgefordert. Umso erstaunlicher und vor dem Hintergrund der Transformationen in den arabischen Gesellschaften besonders bemerkenswert ist also dabei, dass es gerade diese AKP ist, welche seit ihrem Amtsantritt das türkische politische System umfassend und mit Blick auf die Kopenhagener Kriterien der Europäischen Union (EU) reformiert. Das Ziel eines EU-Beitritts weiterhin im Blick, versucht die AKP-Regierung offiziellen Verlautbarungen zu Folge, jene ursprünglich „kemalistische“ Vision des Staatsgründers Atatürk zu verwirklichen und die Türkei in die Gemeinschaft der europäischen Demokratien zu führen.

Ferner beförderte die AKP durch eine liberale Wirtschaftspolitik und eine expansionsorientierte Außenhandelsstrategie, die sich gezielt an die Nachbarländer Russland, Iran, den Irak und Syrien aber auch an die Länder des Nahen und Mittleren Ostens, Asiens und Afrikas richtete, einen seit 2002 anhaltenden wirtschaftlichen Boom. Damit führte sie das Land in den Kreis der G20 und in die Gruppe der sieben größten Volkswirtschaften Europas – wohl wissend, dass wirtschaftlicher Erfolg ebenso ein Aufnahmekriterium ist wie innere Stabilität und Demokratie sowie gutnachbarschaftliche Beziehungen und sichere Grenzen. Diese außenwirtschaftliche Expansion, welche sich etwa in millionenschweren Investitionen türkischer Firmen in den neuen Partnerländern oder in gegenseitigen Abkommen zur Visaerleichterung zeigt, wird außerdem flankiert und

<sup>6</sup> Vgl. Coitoru, Joseph: Unsichere Umarmung, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. September 2011; İdiz, Semih: PM Erdoğan's surprising message in Cairo, in: *Hürriyet Daily News* vom 15. September 2011.

abgesichert durch einen sukzessiven Wandel der türkischen Außenpolitik, den die AKP-Regierung vollzieht. Dabei hat sie sich abgewandt von einer reaktiven, nach innen gerichteten und auf die eigenen Sicherheit bedachten hin zu einer international aktiven, Sicherheit und Stabilität „exportierenden“ Außenpolitik, in deren Folge es zu bemerkenswerten Verbesserungen in den Beziehungen etwa zu Griechenland, Russland, dem Irak und Iran sowie zeitweise auch zu Armenien und Syrien kam. Wegen diesem strategischen Politikwandel auf Grundlage der Logik Stabilität generierender Interdependenz sah sich die AKP-Regierung 2011 auch veranlasst, sich in die Entwicklungen in den arabischen Ländern einzuschalten.<sup>7</sup>

So mahnten Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan und sein Außenminister Ahmet Davutoğlu früh aus Sorge vor langfristigen überregionalen Instabilitäten an, dass die Umstürze in Tunesien und Ägypten nur mit friedlichen Mitteln und mit Hilfe demokratischer Wahlen letztlich Erfolg versprechend sein könnten. In beiden Fällen hatte die Türkei den führenden tunesischen bzw. ägyptischen, später auch den syrischen Oppositionellen in Istanbul ein Forum geboten, ihr weiteres Vorgehen jeweils abzustimmen und ihre Forderungen der Öffentlichkeit präsentieren zu können. Besondere Beachtung fand Erdoğan, als er als erster hochrangiger ausländischer Politiker den ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak zum sofortigen Rücktritt aufforderte, während Außenminister Davutoğlu eine rege Besuchsdiplomatie unternahm und sich regelmäßig mit seinen Amtskollegen in Europa und den USA sowie den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens über die Entwicklungen und Interventionsmöglichkeiten austauschte. Während der sich verschärfenden Libyenkrise half die Türkei bei der Rettung eigener und ausländischer Gastarbeiter aus dem Land. Zwar forderte die Regierung trotz eskalierender Gewalt weitere diplomatische Anstrengungen an Stelle eines militärischen Eingreifens, doch dann folgte sie der UN-Resolution zum Schutz der libyschen Bevölkerung und übernahm etwa die Sicherung der humanitären Hilfslieferungen nach Benghazi. Besondere Sensibilität legte sie auch

<sup>7</sup> Dabei stieß die Türkei auf einige „offene Ohren“, vgl. bspw. „Moussa sees Turkey's role important in solution of regional problems“, in: *Today's Zaman* vom 27. Januar 2011; „Turkey must play active role in countries in turmoil, Ahtisaari said“, in: *Hürriyet Daily News* vom 25. Februar 2011; „Clinton eyes Turkey as model for Arab reform“, *CNSNews* vom 16. Juli 2011, [www.cnsnews.com/news/article/clinton-eyes-turkey-model-arab-reform](http://www.cnsnews.com/news/article/clinton-eyes-turkey-model-arab-reform).

im Fall der Unruhen in Syrien an den Tag. Als Nachbarland war sie wegen tausender Flüchtlinge, die auf türkischer Seite Schutz vor Bashar al-Assads Regime und der Unterdrückung des Aufstands durch die syrische Armee suchten, direkt in den Konflikt involviert. Da sich Assad dauerhaft weigerte, die diplomatischen Dialoginitiativen aus Ankara anzunehmen sowie die internationalen Forderungen nach einem Ende der Gewalt und der friedlichen Demokratisierung des Systems zu berücksichtigen, reduzierte die AKP-Regierung die Beziehungen zu Damaskus zunächst auf ein Mindestmaß und begann mit Sanktionen gegen das Regime, wohl wissend, dass die regionale Bedeutung Syriens überaus hoch und die strukturellen Interdependenzen höchst komplex sind.

Die Botschaft, die 2011 von der Türkei an die Länder des Nahen und Mittleren Ostens ausgehen sollte, ist damit eindeutig:<sup>8</sup> Erstens ist der Islam kein Hindernis für Demokratie und sozio-ökonomische Modernisierung in den Ländern der Region. Vielmehr sind jene autoritären Regime, die vom Militär getragen oder unterstützt werden, die blockierende Kräfte gegen den gesellschaftlichen Fortschritt. Sie müssen nun einsehen, dass sie im 21. Jahrhundert keine Überlebenschance mehr haben. Zweitens haben alle Gesellschaften der Region ein Recht darauf, ihren Weg hin zu Modernität und Freiheit selbst zu wählen, wenn sie die republikanischen und demokratischen Grundregeln beachten, freie, geordnete Wahlen durchführen, sich im gesellschaftlichen Konsens eine neue freiheitliche und gerechte Ordnung geben und sich öffnen für politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Interaktion und regionale und globale Interdependenz mit anderen Ländern. Auch wenn es die führenden türkischen Politiker offiziell abstreiten, so sehen sie ebenso wie zahlreiche Beobachter im In- und Ausland die Türkei durchaus als Modell für transformationswillige Länder, sofern echte Versicherungen zu demokratischen Reformen, die Bereitschaft zu Verhandlungen und Kompromiss innerhalb der Grundstrukturen eines bestehenden Systems sowie die Einbindung aller Schichten und Gruppen der

<sup>8</sup> Siehe hierzu auch die Reden Erdoğan's im September 2011 vor der Arabischen Liga und der Generalversammlung der Vereinten Nationen, vgl. „Turkey's Erdogan tells Arabs to embrace democracy“, in: *The Star Online* vom 14. September 2011, <http://thestar.com.my/news/story.asp?file=/2011/9/14/reutersworld/20110914081207&sec=reutersworl>, bzw. „Turkey's call to the international community“, in: *TRT Online* vom 29. September 2011, [www.trtenglish.net/trtworld/en/newsDetail.aspx?HaberKodu=b74d1b2f-f067-4977-a29c-5f13f6527961](http://www.trtenglish.net/trtworld/en/newsDetail.aspx?HaberKodu=b74d1b2f-f067-4977-a29c-5f13f6527961).

Bevölkerung in den Versöhnungs- und Transformationsprozess vorhanden sind.

Doch muss festgehalten werden, dass solche Haltungen auch von einer großen Menge Wunschdenken und nur unter der Bedingung reduzierter Realitätswahrnehmung getragen werden. So verwiesen etwa die ägyptischen Muslimbrüder in ihrer umgehenden Antwort auf Erdoğan's Laizismus-Empfehlung zu Recht auf den unterschiedlichen Entwicklungsweg, den Ägypten in der Vergangenheit im Gegensatz zur Türkei beschritten hatte und der eine strikte Trennung von Staat und Religion wohl eher unmöglich macht.<sup>9</sup> Ebenso stehen Ägypten, Libyen und Tunesien auch erst am Anfang des schwierigen Transformations- und Demokratisierungsprozesses, zu dem auch etwa die Unterordnung militärischer Gewalt unter die Oberhoheit einer demokratisch gewählten, zivilen Regierung gehört. Wie auch immer sich die Länder der Region im weiteren Verlauf des „Arabischen Frühlings“ transformieren werden,<sup>10</sup> bleibt festzuhalten, dass die Türkei wegen ihres seit Jahrzehnten bestehenden partnerschaftlichen Verhältnisses zum Westen sowie jener neuen Rolle des Landes in der und für die Region des Nahen und Mittleren Ostens, an welcher die „post-islamistische“ AKP als Regierungspartei seit 2001 schreibt, ein Faszinosum für zahlreiche Beobachter darstellt.

Wie in der vorliegenden Analyse gezeigt wird, erscheint es zwar rückblickend auf die historischen Traditionen und die jüngsten politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen mehr als fraglich, ob die Türkei allgemein und die AKP im Speziellen als Modell und Vorbild für die sich transformierenden Staaten im Nahen und Mittleren Osten und ihre Reformakteure geeignet sind. Da dies allerdings zum Gegenstand der Debatten geworden ist und sich das Land selbst aktiv in die Prozesse und Entwicklungen in der Region einschaltet, ist es ein beachtenswerter Faktor, der im Folgenden näher untersucht wird. Dabei sollen drei Leitfragen beantwortet werden, die in den Debatten um das Verhältnis der Türkei zu den Transformationsländern in Nahen und Mittleren Osten häufig gestellt wurden:

<sup>9</sup> Vgl. „Egypt's Muslim Brotherhood criticizes Erdogan's call for a secular state“, in: *Al Arabiya News* vom 14. September 2011, [www.alarabiya.net/articles/2011/09/14/166814.html](http://www.alarabiya.net/articles/2011/09/14/166814.html).

<sup>10</sup> Vgl. zu den Ursachen und Entwicklungstrends der Veränderungsprozesse in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens „Der Arabische Frühling. Auslöser, Verlauf, Ausblick“, Studie des Deutschen Orient-Instituts, Berlin 2011, [www.deutsches-orient-institut.de](http://www.deutsches-orient-institut.de).

Erstens, ist die Türkei tatsächlich ein Modell für die sich wandelnden Staaten des Nahen und Mittleren Ostens? Zweitens, kann die Regierungspartei AKP als ein Vorbild für die (post-) islamistischen Reformakteure in den Ländern des Wandels dienen? Und drittens, inwiefern kann die Türkei den arabischen Reformstaaten als Inspiration und Orientierungsgröße dienen?

## 2. Die Besonderheit der türkischen Transformation oder: Ist die Türkei ein Modell für die arabischen Länder?

Drei offensichtliche Gemeinsamkeiten vereint die Türkei mit den Ländern des Nahen und Mittleren Osten: Zum einen die kulturelle Prägung durch den Islam als die in den jeweiligen Gesellschaften vorherrschende Religion.<sup>11</sup> Zweitens die historische Prägung durch das Osmanische Reich, dessen politischer Nachfolger die Türkei heute ist und das ab dem 14. Jahrhundert für 600 Jahre<sup>12</sup> eine dominierende politische Entität des südlichen und östlichen Mittelmeeres war und diese Region – ebenso wie den Balkan und die Schwarzmeerregion – politisch, wirtschaftlich und soziokulturell beeinflusste und formte. Und drittens, die Prägung der Staaten und Gesellschaften der Region durch die (Post-) Moderne und ihre wirkmächtigen Phänomene, Nationalismus und Globalisierung, Kapitalismus, Sozialismus und Neoliberalismus, Säkularisierung und Re-Islamisierung usw. Weil das heutige Verhältnis zwischen Türken und Arabern eng mit der politischen Geschichte des Osmanischen Reiches verbunden ist, soll diese im Folgenden kurz in ihren wichtigsten Aspekten wiedergegeben werden.<sup>13</sup>

<sup>11</sup> Dabei müsste freilich zwischen unterschiedlichen islamischen „Konfessionen“, Rechtsschulen, Ausrichtungen und Religionspraktiken differenziert sowie die Tatsache anerkannt werden, dass Atheismus und Säkularismus sowie verschiedene andere nicht-muslimische Religionen und Glaubensrichtungen ebenso in allen Ländern existieren.

<sup>12</sup> Der erste gesicherte Nachweis für die Osmanen geht auf den 27. Juli 1301 oder 1302 zurück, als der Stammesführer Osman mit seinen Kämpfern in Bithynien ein 2000 Mann starkes byzantinisches Heer besiegte. Vgl. Kreiser, Karl/ Neumann, Christoph K.: Kleine Geschichte der Türkei, Stuttgart 2003, S. 81.

<sup>13</sup> Vgl. für den Überblick Kreiser/ Neumann, Kleine Geschichte der Türkei, 2003; Zürcher, Erik J.: Turkey. A modern history, London/ New York 2003 sowie die vierbändige Serie Cambridge History of Turkey der Cambridge University Press 2006-2012.

Höhepunkte der neuzeitlichen politischen Geschichte des Reiches waren 1453 die Eroberung Konstantinopels durch Sultan Mehmet II., welcher den Aufstieg seines Hauses von einem türkischen Fürstentum im westlichen Anatolien zum Nachfolger der oströmischen bzw. byzantinischen Kaiser besiegelte; die territoriale Ausdehnung des Herrschaftsgebiets unter den Sultanen Selim I. (Herrschaftszeit 1512-1520) und Süleyman I. (1520-1566) über den Balkan bis Wien und Ungarn, an die nördliche und östliche Schwarzmeerküste, mit der Levante und dem Zweistromland bis Persien, über Ägypten und den Nil sowie die Küstengebiete des Golfs, des Roten Meeres und des südlichen Mittelmeeres; die Übernahme des Kalifentitels (1517) und damit des Oberhaupts aller sunnitischen Muslime; sowie der Einbezug des Reiches in das europäische Konzert der Mächte und Allianzen ab dem 16. Jahrhundert. Im dominanten Geschichtsdiskurs steht dieser Einbezug vor allem im Licht kriegerischer Auseinandersetzungen und militärischer Niederlagen des Reiches gegen die europäischen Monarchien (Seeschlacht von Lepanto 1571, erfolglose Belagerung Wiens 1529 und 1683, russisch-türkischer Krieg 1768-1774) mit zum Teil massiven Gebietsverlusten, sowie der Prozess einer inneren Stagnation und wachsender wirtschaftlicher und handelspolitischer Abhängigkeit des Reiches von den europäischen Staaten.

Während sich aus europäischer Sicht das Bild vom „kranken Mann am Bosphorus“ einprägte (und Bestrebungen des Reiches nach Reform und Modernisierung im Sinne europäischer Entwicklungen des 18. und 19. Jahrhundert kaum Beachtung fanden), förderte der indigen anwachsende und exogen durch die europäischen Kolonialmächte geförderte Nationalismus der Völker des Balkans sowie der Araber Nordafrikas sowie des Nahen und Mittleren Ostens das Gefühl der Unterdrückung und Ausbeutung durch die Osmanen. So wurden diese 1805 von Mohammed Ali von der Vorherrschaft über Ägypten verdrängt, dieser reformierte das Staatswesen und das Militär und begründete – unterstützt von Großbritannien – eine eigene Herrscherdynastie. Sezessionskriege auf dem Balkan und im Schwarzmeerraum führten zu weiteren Verlusten an Territorium (Griechenland 1830, Rumänien, Bulgarien, Serbien und Montenegro 1876, Bosnien und Herzegowina 1908, Albanien 1913 und Armenien 1914) und damit zu Einbußen an personellen, finanziellen und wirtschaftlichen Ressourcen sowie zu gesellschaftlichen Umwälzungen im thrakischen und anatolischen Zentrum des Reiches in Folge von Flucht und Vertreibung.

Interne institutionelle, militärische und gesellschafts-politische Reformen während und in Folge der *Tanzimat* („Verordnungen“) genannten Reformära (ab 1839) führten zwar nach und nach zu einer Art konstitutionellen Monarchie mit Zweikammernparlament und Rechten für ein im Entstehen begriffenes osmanisches Bürgertum. Die Zeit der Reformation und Liberalisierung wurde jedoch von einer langen Phase der Restauration unter Abdülhamid II. (1876-1909) abgelöst, welche wiederum den Revolutionseifer der jungen, aufstrebenden Eliten („Junge Türken“) zur Jahrhundertwende verstärkte. Gegen die militärische Übermacht der Triple Entente aus Großbritannien, Frankreich und Russland konnte das Reich, das 1914 auf Seite des Deutschen und des Habsburgerreiches in den Ersten Weltkrieg eintrat, kaum etwas entgegensetzen, um den weiteren Verlust an Gebieten im Nahen und Mittleren Osten aufzuhalten. Dort kämpften die Araber, bestärkt, unterstützt und nach dem Krieg geschützt von den westlichen Kolonialmächten, für ihre Loslösung vom Osmanischen Reich. Wie auch den anderen Kriegsverlierern wurde dem Reich 1919 in Paris ein Friedensvertrag (Vertrag von Sevres) vorgelegt, den es zu akzeptieren hatte. Erst der vom Offizier und Oberbefehlshaber der türkischen Armee Mustafa Kemal (1881-1938) angeführte Unabhängigkeitskampf gegen die britischen, französischen, italienischen und griechischen Besatzer Anatoliens und Istanbuls und das von ihm verfolgte Bestreben nach nationaler Einheit brachte die Wende und sicherte den Türken das Kernland ihrer neuzeitlichen Zivilisationsgeschichte im Thrakien und Anatolien, welches ihnen 1922 mit dem Vertrag von Lausanne zugesichert wurde.

Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges und der Aufteilung der Reste des Osmanischen Reiches unter den Großmächten endete die gemeinsame Geschichte von Türken und Arabern. Diese war zwar einerseits von jahrhundertelanger militärischer Dominanz und Kontrolle sowie teilweise wirtschaftlicher und sozialer Ausbeutung durch die türkischen Osmanen geprägt, was den neu entstandenen arabischen Nationalstaaten die Möglichkeit gab, negative *Images* zum Zweck der Konstruktion nationaler Identitäten zu schaffen, die bis weit ins 20. Jahrhundert hinein die Beziehungen zwischen der Türkei und den arabischen Staaten belasten sollten. Andererseits jedoch hinterließen die Osmanen gerade auf administrativer, kultureller und religiöser Ebene ihre Spuren – von Familiennamen, Stammesidentitäten und sozio-ökonomischen Strukturen bis zu Moscheen und Medresen, Straßen und Karawansereien, die bis heute die Ansichten von Stadtzentren rund um das Mittelmeer prägen.

Nichtsdestotrotz wurde das Feindbild vom Türken als Abgrenzungsobjekt von den arabischen Kräften bis weit in das 20. Jahrhundert genährt: Waren erst die Osmanen die präkolonialen Unterdrücker, so galten später die säkularen Republikaner der Epoche Atatürks als gottlose Westler und schließlich die Türken der Zeit des Kalten Krieges als regionale Handlanger des „US-amerikanischen und zionistischen Imperialismus“.<sup>14</sup>

Keine Tat versinnbildlicht jedoch die Trennung der modernen Entwicklungsgeschichte der Türkei mit der der Länder des Nahen und Mittleren Ostens so deutlich wie die Abschaffung des islamischen Kalifats, die das türkische Parlament am 6. März 1924 auf Geheiß Mustafa Kemals, nun Präsident der Republik, per Gesetz vollzog. Anders als die nach dem Ersten Weltkrieg gegründeten Königreiche im Irak (1921), in Ägypten (1922), Transjordanien (1923) und Saudi-Arabien (1932) und anders als die meisten anderen arabischen Staaten, die noch lange unter kolonialer Vorherrschaft standen und erst nach dem Zweiten Weltkrieg in teilweise blutigen Konflikten in die Unabhängigkeit entlassen wurden (Syrien 1946, Libyen 1951, Tunesien 1956, Kuwait 1961, Algerien 1962) und sich oft als Königreiche reetablierten (wie die anderen Golfmonarchien 1971), wurde am 29. Oktober 1923 nach Abschaffung des osmanischen Sultanats die Türkei als parlamentarische Republik konstituiert. Der neue Staat, den der Anführer der Einheitsbewegung Mustafa Kemal mit Hilfe der Nationalversammlung, die sich aus den Mitgliedern der von ihm geführten Republikanischen Volkspartei (*Cumhuriyet Halk Fırkası*, später, *Cumhuriyet Halk Partisi* CHP) zusammensetzte, sollte auf sechs Prinzipien ruhen, die später zu Ehren des Staatsgründers unter dem Begriff „Kemalismus“ zusammengefasst wurden. Diese Prinzipien waren der Republikanismus (*Cumhuriyetçilik*) als Ausdruck von Volkssouveränität, Nationalismus (*Milliyetçilik*) in Antithese zum osmanischen Vielvölkerstaat, Populismus (*Halkçılık*) im Sinne einer im Interesse des Volkes praktizierten Politik, Etatismus (*Devletçilik*), verstanden als partielle Wirtschaftslenkung durch den Staat, sowie Laizismus (*Laiklik*), die Trennung von Staat und Religion, und Revolutionismus (*İnkılâpçılık*, später *Devrimcilik*) bzw. stetem Reformismus und

<sup>14</sup> Vgl. Faath, Sigrid: Die arabisch-türkischen Beziehungen. Zur Forschungsproblematik, in: dies. (Hrsg.): Die Zukunft arabisch-türkischer Beziehungen, Baden-Baden 2011, S. 21f. Für die Grauschattierungen in den gegenseitigen Perzeptionen vgl. auch Nafi, Basheer M.: The Arabs and modern Turkey: A century of changing perceptions, in: *Insight Turkey*, 11(1), 2009, S. 63-82.

Modernismus des neuen Staates und der neuen Gesellschaft. Mit diesen Prinzipien, deren Befolgung und Verwirklichung für alle politischen Kräfte der Türkei obligatorisch sein musste, sollte das Land und seine Gesellschaft endgültig in die Moderne und – damit gleichbedeutend – in den Westen, nach Europa geführt werden. Auf diesen Grundlagen begründete Mustafa Kemal, später *Atatürk*, Vater der Türken, genannt, einen Nationalstaat zeitgenössisch-modernen Zuschnitts mit einer durch den Staat definierten Volkssouveränität und nationalen Identität sowie einer starken, quasi-autoritären Staatsführung in Form seiner Präsidentschaft und der von ihm geführten Einheitspartei CHP. Dadurch unterschied sich die Türkei in ihren politischen Strukturen, die den weiteren Entwicklungsweg des Landes nachhaltig prägten, schon sehr früh gänzlich von den umliegenden Staaten und ihren Gesellschaften.

In den folgenden Jahrzehnten setzte sich die einzigartige politische Entwicklung der Türkei im Vergleich zu den arabischen Ländern fort: Nach dem Zweiten Weltkrieg, aus dem sich das Land militärisch herausgehalten hatte, führte die Regierung unter Atatürks Nachfolger İsmet İnönü das Mehrparteienprinzip ein und brachte den Staat so auf die Spur der demokratischen Transformation. Vorbehaltlich der kemalistischen Prinzipien, über die das Militär, die Staatsbürokratie und die etablierten Kräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wachten, wurde die soziale, ethnische und religiöse Heterogenität der Gesellschaft und damit einhergehend der politische Pluralismus anerkannt. In einer Verfassungsreform 1961, die dem ersten Militärputsch der modernen türkischen Geschichte folgte,<sup>15</sup> wurden Menschen- und Bürgerrechte verankert, die dem Pluralismus seine institutionelle Durchsetzbarkeit auf politischer Ebene ermöglichen sollten. Diese ersten Schritte Richtung Demokratie honorierte der Westen mehrmals, ohne dabei eigene strategische Interessen zu vernachlässigen: 1949 wurde die Türkei Gründungsmitglied der Vereinten Nationen, der OECD und des Europarats; 1951 wurde sie angesichts der sowjetischen Bedrohung aus dem Osten in die NATO aufgenommen; und 1963 folgte mit dem Ankara-Abkommen die Anerkennung als assoziiertes Mitglied

<sup>15</sup> Nach Gerichtsprozessen, die von den Militärputschisten veranlasst worden waren, wurden der amtierende Ministerpräsident Adnan Menderes sowie weitere 593 Vertreter der Regierung und seiner Demokratischen Partei (DP) wegen Verstößen gegen die staatliche Ordnung angeklagt. Menderes und 13 seiner Mitstreiter wurden zum Tode verurteilt, am 16. und 17. September 1961 wurden er und zwei weitere hingerichtet.

der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) mit Aussicht auf eine zukünftige Vollmitgliedschaft.

1971 endete der erste Demokratisierungsschub des Landes abrupt durch einen weiteren Militärcoup. In den Jahren zuvor und in der folgenden Dekade war die Türkei ähnlich wie die Länder Europas von tief greifenden gesellschaftlichen und politischen Umwälzungen geprägt, zu denen drei Faktoren verschärfend hinzutraten: erstens die starke Neigung der verschiedenen gesellschaftspolitischen Gruppen und Fraktionen, Gewalt als Mittel zur Durchsetzung eigener politischer Interessen einzusetzen; zweitens die wachsende Stärke islamistischer Bewegungen und Parteien, welche neben den extremen linken und rechten Gruppen die kemalistische Ordnung herausforderten; und drittens die Intervention und türkische Invasion Zyperns, welche zu Spannungen mit und zur Distanzierung von den westlichen Bündnispartnern in Europa und jenseits des Atlantiks führten – ohne sich umgekehrt merklich in einer Verbesserung der Beziehungen zu den „anti-imperialistisch“ eingestellten arabischen Länder niederzuschlagen, denn weiterhin galt die Türkei als verlängerter Arm Washingtons in der Region.

Eine Zeit neuer großer Umbrüche erlebte das Land Ende der 1970er Jahre, als es sowohl von außen infolge der islamischen Revolution im Iran und des Kriegsausbruchs zwischen Iran und Irak als auch im Innern wegen anhaltender gewalttätiger Kämpfe zwischen rechts- und linksextremistischen sowie religiösen Gruppen zu destabilisieren drohte. Zwar brachte der Militärputsch von 1980 wieder Ruhe in das System, jedoch war die folgende Phase der Militärherrschaft geprägt von Unterdrückung, Verfolgung und Verhaftung tausender Vertreter systemkritischer Gruppen und Angehöriger der religiösen und ethnischen Minderheiten. Erst die Parlamentswahlen 1983 und die von Turgut Özal Mutterlandspartei geführte Regierung schafften langsam die Wende zu geregelten Verhältnissen. Allerdings blieb die Bewahrung der kemalistischen Prinzipien als widerspruchsfreie Grundkonstanten im politischen System konstitutionell festgelegt und die oberste Kontrollmacht des Militärs war in Form des Nationalen Sicherheitsrats installiert worden. Diese Dominanz des Militärs manifestierte sich während der gesamten 1980er und 1990er Jahre, als die Armee beständig direkten Einfluss auf politische Entscheidungen nahm. In Folge des Putsches von 1980 wurde ein Sicherheitsparadigma entwickelt, das sofortige Mechanismen zur Prävention von innen- und außenpolitischen Bedrohungen vorsah:

Gegen die Kämpfer und Anhänger der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK), die mittlerweile von den USA, NATO und EU sowie vielen westlichen Staaten, aber auch vom Irak oder Saudi-Arabien als Terrororganisation eingestuft wird, wurde massiv militärisch und politisch vorgegangen.<sup>16</sup> Daneben wurde Syrien wegen seiner Unterstützung für die PKK 1999 offen mit Krieg gedroht; gleiches galt auch im Jahr zuvor für Griechenland wegen territorialer Streitigkeiten in der Ägäis.

Trotz dessen war die Ära Turgut Özal (1983-1993) geprägt von einer Phase wirtschaftspolitischer Liberalisierung und einer gesellschaftlichen Öffnung des Landes. Es wurden damals die sozio-ökonomischen Grundlagen dessen gelegt, worin sich die AKP-Regierung Erdoğan 20 Jahre später als besonders erfolgreich erweisen sollte: das Land nach innen zu modernisieren und nach außen zu öffnen. Özal Wirtschaftsreformen initiierten einen langsam expandierenden Unternehmergeist, der die Wirtschaftszentren im Westen und Süden des Landes stärkte und der darüber hinaus auch Teile Zentralanatoliens erfasste. Die Türkei sollte zu einem „anatolischen Tiger“ nach dem Vorbild südostasiatischer Länder werden. Zudem unterstützte Özal neue Handelsbeziehungen zu den Ländern des Nahen und Mittleren Osten, dem Kaukasus und den ehemaligen Sowjetrepubliken mit ihren turkstämmigen Bevölkerungen, während er gleichsam die Türkei wieder stärker an den Westen anband: So bewarb sich die Türkei – letztlich erfolglos – 1986 um Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft, unterstützte die US-geführte Allianz im zweiten Golfkrieg gegen den Irak, wurde 1992 assoziiertes Mitglied der Westeuropäischen Gemeinschaft und ging mit der EU 1996 eine Zollunion ein.

Trotz oder gerade wegen des plötzlichen wirtschaftlichen Aufschwungs waren innerhalb des noch defizitären demokratischen Systems Nepotismus und Vetternwirtschaft weit verbreitet; die politischen Parteien rangen in ständig wechselnden, instabilen Koalitionen um die Beteiligung an der Macht, ohne die strukturellen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes wirkungsvoll zu lösen; und das Militär beförderte die Labilität des Systems durch seine politische Einflussnahme und die Beschwörung von Sicherheit auf Kosten von Demokratie, Frieden und Rechtsstaatlichkeit – auch um seine eigene übergeordnete Machtposition zu bewahren. Schließlich kollabierte das System in drei kurz aufeinander-

<sup>16</sup> Während und in Folge der Kämpfe starben nach Schätzungen bislang 30 000 Menschen.

folgenden Etappen gänzlich: 1999 forderte ein massives Erdbeben südöstlich von Istanbul zehntausende Tote und Verletzte; zwei Jahre später brach das marode türkische Bankensystem in einer Staatskrise zusammen. Beide Fälle offenbarten ein massives Versagen der politischen Eliten, auf das konsequenterweise im November 2002 ein dritter Schlag folgte: Aus Protest gegen die anhaltende Unfähigkeit der etablierten Parteien und Politiker, sich den großen Problemen des Landes anzunehmen, wechselten die Wähler beim Urnengang nahezu das gesamte parlamentarische Establishment aus und machten die AKP zur neuen Regierungspartei.<sup>17</sup> Aus heutiger Perspektive: eine parlamentarische Revolution, eine Art „türkischer Frühling“ im Herbst 2002.

Angesichts dieser Entwicklungsgeschichte bis hierher steht außer Frage, dass diese mit keiner anderen Entwicklung der momentan im Fokus stehenden arabischen Transformationsstaaten vergleichbar ist. Der Türkei kommt somit kaum ein direkter Modellcharakter zu, da der bei ihr nun schon Jahrzehnte andauernde interne politische Reifungsprozess in Richtung Republikanismus und Demokratisierung insbesondere in Folge der immer wieder auftretenden Militärcoups und der mangelhaften bürgerlichen politischen Kultur im Land immer wieder unterbrochen und manipuliert wurde. Vor allem aber begründet die institutionelle Einbindung der Türkei in die Gemeinschaft westlicher Staaten, sei es im Verteidigungsbündnis der NATO oder den internationalen europäischen Organisationen (Europarat, OSZE), ihre Besonderheit unter den anderen Ländern der Region – wobei die Frage naheliegt, ob und wenn inwieweit es eben jene Einbindung war, die die Türkei gerade davor bewahrte, eine ähnliche Entwicklung wie die arabischen, autoritär von Militärs regierten Systeme zu machen.

Gegen jegliche Realitätsreduktion kann also argumentiert werden, dass angesichts des eigenständigen, republikanischen Entwicklungspfad, den die Türkei durch ihren Staatsgründer Atatürk schon 1923 eingeschlagen hat, jedenfalls festzuhalten ist, dass diese Prozesse nicht ohne weiteres von den sich transformierenden arabischen Staaten einfach kopiert und übernommen werden können – gerade angesichts des Umstandes, dass diese Entwicklungen in der Türkei weder schnell und konfliktfrei abliefen.

<sup>17</sup> Vgl. bspw. Özel, Soli: After the Tsunami, in: *Journal of Democracy*, 14 (2), 2003, S. 80-94; Sezer, Duygu Bazoğlu: The Electoral Victory of Reformist Islamists in Secular Turkey, in: *The International Spectator*, 37 (4), 2002, S. 7-19.

Gleichsam widerspricht aber auch die Tatsache, dass es bislang noch nicht zu einer vollkommenen Angleichung der normativen Ordnung und der politischen, wirtschaftlichen und soziokulturellen Strukturen der Türkei mit europäischen Standards geführt haben, jedem Wunschdenken nach einer einfachen Demokratisierung der Länder und Gesellschaften der Region. An dieses Zwischenergebnis schließt sich die zweite Frage nach dem möglichen Vorbildcharakter der ab 2002 regierenden AKP für die arabischen Reformakteure an.

### 3. Der politische Islam in der Türkei oder: Ist die AKP ein Vorbild für die arabischen Reformisten?

Um feststellen zu können, ob und wenn ja, in welchem Maße die AKP als Vorbild für andere, reformorientierte Kräfte in den Ländern des Nahen und Mittleren Osten geeignet ist, muss zunächst differenziert werden. Denn anders als etwa die ägyptischen Muslimbrüder oder ihre „Ableger“ in den anderen arabischen Ländern, deren Geschichte als soziale Bewegung und als politischer Akteur bis in das Jahr 1928 zurückreicht, ist die AKP streng genommen eine erst 2001 als politische Partei gegründete Organisation, die allerdings ihrerseits aus der Tugendpartei (*Fazilet Partisi*, FP) bzw. der Wohlfahrtspartei (*Refah Partisi*) des Politikers Necmettin Erbakans durch Abspaltung hervorging. Als politische Partei unterliegt die AKP dementsprechend dem türkischen Parteiengesetz und bettet sich durch ihre Regierungsverantwortung und mit ihrer Parlamentsfraktion anders in das politische Institutionsgefüge des türkischen Staates ein als etwa soziale Bewegungen oder Widerstandsgruppierungen in den arabischen Ländern. Während also für die AKP in ihrer Gründungsphase und ihrer Regierungszeit andere systemische und strukturelle Bedingungen herrschten als für programmatisch ähnliche Gruppen in den arabischen Ländern, so wirkt trotzdem der politische Islam sunnitischer Prägung als ein vereinigendes Band zwischen der AKP und anderen organisierten Gruppen der Region, wie etwa den ägyptischen Muslimbrüdern, an-Nahda in Tunesien, der Parti de la Justice et du Développement (PJD) in Marokko, der algerischen Front Islamique du Salut (FIS) oder der palästinensischen Hamas.<sup>18</sup>

<sup>18</sup> Vgl. zur AKP Grigoriadis, Ioannis N.: Die erste „muslimisch-demokratische“ Partei? Die AKP und die Reform des politischen Islams in der Türkei, in: Asseburg, Moderate Islamisten als Reformakteure, Berlin 2008, S. 58-69. Die von Asseburg herausgegebene Publikation geht auch auf die anderen Gruppen ein.

Allerdings unterliegt der Islam in der Türkei im Unterschied zu den arabischen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens weitestgehend der Kontrolle des Staates.<sup>19</sup> Dieser nennt nicht die Scharia als Ordnungsgrundlage, wie dies etwa in arabischen Ländern der Fall ist, sondern er wurde nach Vorbild säkularer bzw. laizistischer westlicher Staaten organisiert. So hielt Atatürk im modernen säkularistischen Sinn den Islam für legitim als Religiosität der Menschen, sah in der Religion jedoch auch ein großes Hemmnis für die gesamtgesellschaftliche Modernisierung des Landes. Sein Laizismusverständnis sollte daher nicht, wie im Fall Frankreichs, zu einer größtmöglichen politischen Neutralität des Staates gegenüber jeglicher Religion führen und diese damit zur Privatsache der Gläubigen zu machen. Stattdessen sollte der Staat geradezu ermächtigt werden, über den Islam zu wachen und dessen Rolle im öffentlichen Raum so weit wie möglich zu regulieren und gegebenenfalls einzuschränken. So galt der in weiten Teilen der Gesellschaft praktizierte Glaube somit in den Augen der kemalistischen Eliten im Militär, der Bürokratie und der Politik als vormoderne Kraft, die den Fortschritt des türkischen Modernisierungsprojektes bremste, und musste daher in seiner soziopolitischen Verfasstheit in Form von Bruderschaften, Bewegungen und Parteien „wachsamen Auges“ kontrolliert werden. Während also in der Hauptstadt Ankara mit dem Amt für Religionsangelegenheiten (*Diyanet İşleri Başkanlığı*, DİB) eine der größten Behörden des Landes entstand, welche bis heute etwa die alleinige Aufsicht über die religiöse Unterweisung der Bevölkerung in Moscheen und Schulen hat, wurden im Laufe der Jahrzehnte religiöse Orden geschlossen und ihre Besitztümer konfisziert sowie Bewegungen und Parteien mit religiöser Programmatik eingeschränkt oder verboten, ihre Führungspersonen ins Ausland vertrieben oder mit Berufsverboten behängt und ihre Anhänger zeit- und teilweise unterdrückt und verfolgt.<sup>20</sup>

<sup>19</sup> Zur Geschichte des politischen Islam in der Türkei vor und während der AKP-Ära vgl. White, Jenny: Islamist mobilization in Turkey. A study in vernacular politics, Seattle et al. 2002, Yavuz, Hakan M.: Islamic political identity in Turkey, New York 2003 bzw. ders. (Hrsg.): The emergence of a new Turkey. Democracy and the Ak Parti, Salt Lake City 2006.

<sup>20</sup> Kaum besser erging es wegen der Dominanz des sunnitischen Islam sowie des stark ausgeprägten türkischen Nationalismus nicht-sunnitischen und nicht-muslimischen Glaubensgemeinschaften, die zwar existieren durften, jedoch in ihrer Glaubenspraxis starken Restriktionen des Staates unterlagen. Eine Phase besonders hohem Drucks erlebten ethnische und religiöse Minderheiten nach dem

Unter diesen Bedingungen hatten es muslimische Gläubige in der Türkei, die zunächst vermehrt in den ländlichen Gebieten Anatoliens beheimatet waren und erst mit den Prozessen der Landflucht und Abwanderung in den 1950er und 1960er Jahren in die Städte, vor allem nach Istanbul, kamen, seit jeher schwer, religiöse Überzeugungen und politische Ambitionen im organisierten Rahmen in Einklang zu bringen. Trotzdem konnte der Islam ähnlich wie in den arabischen Ländern Ausdruck auf politischer Ebene finden, als Mitte des 20. Jahrhunderts die massiven sozioökonomischen Umwälzungen auch die Türkei erfassten. So existieren noch heute die verbotenen Orden weiter als informelle religiöse Bewegungen (*Nakşibendi*, *Suleymançılık*, *Nurcu Cemaati* sowie auch die Bewegung des 1996 in die USA emigrierten Predigers Fethullah Gülen), deren Netzwerke bis in die elitären Zirkel des Staates und der Parteien, der Wirtschaft, der Kultur und Gesellschaft reichen.

Einen besonderen Aufstieg erlebte ab Ende der 1960er Jahre die Bewegung der „Nationalen Sicht“ (*Millî Görüş*), die ähnlich der Muslimbrüder ihre – islamisch begründete – Hauptaufgabe in der Wahrnehmung sozialer Dienste für die armen, in die Städte abgewanderten Schichten sah. Ihre politische Stimme war Necmettin Erbakan, dessen Parteien seit den 1970er Jahren das programmatische Zentrum des politischen Islam in der Türkei bildeten. Erbakan war zu jener Zeit dreimal an Regierungskoalitionen beteiligt und wurde in den 1990er Jahren nach Ablauf eines zehnjährigen Politikverbots infolge des Militärputschs von 1980 eine starke soziopolitische Kraft. Damals brachten zwar die liberalen Wirtschaftsreformen der Ära Özal neuen Wohlstand und führten zu industriellem Wachstum auch in Inneranatolien, wo sich konservative klein- und mittelständische Unternehmer langfristig zu regionalen Investoren und „Entwicklungshelfern“ entfalteten.<sup>21</sup> Jedoch erreichte

---

Militärputsch 1980, als sich die kemalistischen Kräfte auf eine konzeptionelle Verschmelzung von türkischem Nationalismus und staatlich geführtem, konservativem Islam, der so genannten „Türkisch-Islamischen Synthese“ („*Türk-İslam Sentezi*“), verständigten, um so die stärker werdende Kraft der systemfeindlichen Gruppen wie bspw. Kurden und Islamisten im Land zu unterbinden. Vgl. hierzu sowie insgesamt zur Ära Erbakan die gute Darstellung von Şen, Mustafa: Transformation of Turkish Islamism and the Rise of the Justice and Development Party, in: *Turkish Studies*, 11(1), 2010, S. 59-84.

<sup>21</sup> Diese aufstrebenden anatolischen Firmen und Geschäftsleute werden jüngst auch als „islamische Calvinisten“ beschrieben, weil sie in ihrer Wirtschaftsleistung die Verbindung unternehmerischen Strebens und religiöser Werte eingingen. 1990 gründeten sie mit dem Wirtschafts-

der Wohlstand nicht die unteren Schichten in den Großstädten, sondern verschärfte vielmehr noch die politischen Probleme und das soziale Gefälle im Land. Bei den Kommunalwahlen 1989 und 1994 gewannen daher die Kandidaten von Erbakans Wohlfahrtspartei die meisten Städte, inklusive der Hauptstadt Ankara und Istanbul, wo der junge Recep Tayyip Erdoğan das Oberbürgermeisteramt übernahm. Zwar setzten sich die Parteigänger Erbakans für soziale Sicherheit sowie die Lösung örtlicher Probleme, etwa bei Infrastruktur und Verkehr ein, doch auch sie beendeten nicht die steigende Staatsverschuldung und die grassierende Korruption bzw. waren selbst in Fälle von Nepotismus verwickelt. Entsprechend ihrer programmatischen Vision einer „Gerechten Ordnung“ (*Adil Düzen*) setzten sie sich proaktiv für die religiösen Belange ihrer Wählerschaft ein, förderten die religiöse Ausbildung und den Bau von Moscheen und forderten die Beachtung des Islam in nahezu allen Bereichen des täglichen Lebens.

Bei den Parlamentswahlen 1996 wurde die Wohlfahrtspartei stärkste Kraft und Erbakan bildete zusammen mit der konservativen Partei des Rechten Weges (*Doğru Yol Partisi*, DYP) von Tansu Çiller eine Regierungskoalition. Als Ministerpräsident führte Erbakan im Innern die Politik des konservativen Islamismus fort, während er außenpolitisch die verbündeten USA und die europäischen Staaten offen für ihren „unbändigen“ globalen Kapitalismus und Imperialismus kritisierte, gegen eine Annäherung der Türkei an die EU eintrat, antisemitische Schmähungen gegen Israel aussprach und den Schulterchluss mit anderen autoritären Regimen wie Iran, Syrien und Libyen suchte. Seine Rhetorik und seine innen- und außenpolitischen Handlungen und Entscheidungen führten letztlich dazu, dass im Frühjahr 1997 der das politische Tagesgeschäft stark beeinflussende und vom Militär dominierte Nationale Sicherheitsrat offen und ultimativ die Einführung anti-islamistischer Verordnungen durch die Regierung forderte, was diese schließlich zum Rücktritt zwang. In der Folge dieses indirekten Putsches vom 28. Februar 1997 wurde nicht nur die Wohlfahrtspartei vom Verfassungs-

---

verband MÜSIAD (*Müstakil Sanayici ve İşadamları Derneği*, Verband unabhängiger Industrieller und Unternehmer) eine der heute einflussreichsten Wirtschaftsorganisationen des Landes und setzten damit einen Kontrapunkt gegen den etablierten, säkularistisch geprägten Verband TÜSIAD (*Türk Sanayicileri ve İşadamları Derneği*, Verband türkischer Industrieller und Unternehmer). Vgl. „Islamische Calvinisten. Umbruch und Konservatismus in Zentralanatolien“, Bericht der European Stability Initiative, Berlin/ Istanbul 2005, [www.esiweb.org/pdf/esi\\_document\\_id\\_71.pdf](http://www.esiweb.org/pdf/esi_document_id_71.pdf).

gericht für verboten erklärt und Erbakan erneut mit einem Politikverbot belegt, auch wurden religiöse Organisationen, die der Partei nahe standen, verboten, ihre Mitglieder und Unterstützer vor Gericht gebracht und wegen des Vorwurfs, einen Umsturz gegen die säkulare staatliche Ordnung vornehmen zu wollen, verurteilt.

In Folge des repressiven Vorgehens der kemalistischen Kräfte teilte sich das islamistische Lager in zwei Gruppen: Während die Traditionalisten zur Fortführung ihrer politischen Arbeit 2001 die Glückseligkeitspartei (*Saadet Partisi*, SP) gründeten, sammelten sich die Erbakan-Kritiker und Reformisten um Recep Tayyip Erdoğan, Abdullah Gül und Bülent Arınç und gründeten im gleichen Jahr die AKP. Zur Überraschung aller gewann die AKP sogleich im November 2002 die Parlamentswahlen mit großem Vorsprung vor den anderen Parteien. Dabei hatten es ihr die relativ geringe Wahlbeteiligung und die Zehn-Prozenthürde, an der bis auf die CHP alle anderen Parteien scheiterten, ermöglicht, dass sich ihr Stimmenanteil von 34,4 Prozent in einen Anteil von 66,3 Prozent der Parlamentssitze umsetzte. Somit hatten die türkischen Wählerinnen und Wähler bei diesem Urnengang nahezu das gesamte parlamentarische Establishment ausgewechselt, aus Protest auf die lang anhaltende Unfähigkeit der etablierten Parteien und Politiker, sich den großen Problemen des Landes anzunehmen.<sup>22</sup> Von dieser weit verbreiteten Protesthaltung profitierte die neu gegründete AKP als „unbeschriebenes Blatt“. Ihr kam jedoch auch zu Gute, ein Sammelbecken von Anhängern national-konservativer, post-islamistischer sowie liberaler Anschauungen zu sein, mit denen sich eine Vielzahl von Wählern zumindest teilweise identifizieren konnte.

Im Zwischenfazit der Entwicklungsgeschichte des politischen Islam in der Türkei und der Frage nach dessen Vorbildfunktion für andere Fälle in der arabischen Welt heute kann an dieser Stelle konstatiert werden, dass die Vertreter des türkischen politischen Islam unter besonderen strukturellen Voraussetzungen agieren mussten und bis heute müssen – nämlich denen einer nach eigenem Verständnis laizistisch ausgerichteten Republik, für deren Schutz das Militär und die kemalistischen Staatsorgane mit

<sup>22</sup> Neben den Themen Korruption und Vetternwirtschaft sowie dem Vorwurf allgemeiner Unfähigkeit der etablierten Politiker galt die Kritik der Bevölkerung, die bei den Wahlen zum Ausdruck kam, auch der verbreiteten Rechtswillkür der Behörden, der ausbleibenden Lösung des Kurdenproblems und des PKK-Terrorismus im Südosten des Landes sowie der anhaltenden Diskriminierung von Minderheiten. Vgl. Özel, *After the Tsunami*, 2003.

allen, auch gewaltförmigen und repressiven Mitteln eintraten. Eine direkte Vergleichbarkeit mit Ländern, in denen die Scharia als politisches Ordnungssystem konstituiert ist, ist somit nicht gegeben. Außerdem taugen die türkischen Islamisten mit ihrem ehemaligen Anführer Erbakan wegen ihrer dezidiert anti-modernistischen, nationalistischen Haltung und ihrer populistischen und manipulativen Rhetorik kaum als Vorbilder für die – zumindest ihrer Rhetorik und den ersten Ansätzen ihres politischen Reformismus nach<sup>23</sup> – neuen, auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, nationale Versöhnung und internationale Integration abzielenden Reformkräften in Tunesien, Ägypten, Libyen und anderen Ländern der Region.

Somit muss demnach eine Modell- und Vorbildhaftigkeit der Türkei und der AKP für die arabischen Reformstaaten bzw. -akteure vor dem Hintergrund einer dezidierten Auseinandersetzung mit der Genese von Demokratisierung und Republikanismus in der Türkei ausgeschlossen werden. Einer Realitätsreduktion gepaart mit demokratischem Wunschdenken wird dadurch eine Absage erteilt. Doch nichtsdestotrotz lohnt sich ein weiterer Blick auf die bisherigen Leistungen der AKP als Regierungspartei, da schließlich die arabischen Beobachter der Türkei heute eine ähnliche Perspektive einnehmen könnten. Dies soll im folgenden Abschnitt versucht werden, in dem die „neue“ Türkei als Inspiration und Orientierungsgröße präsentiert wird.

#### 4. Die „neue“ Türkei als Inspiration und Orientierungsgröße für die arabischen Reformstaaten

Die Geburt der „neuen“ Türkei wird in der Regel mit der Wahl der AKP in die Regierung im Jahr 2002 verbunden. Schon bald nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten 2003<sup>24</sup> sendete Regierungschef Erdoğan in deutlicher Abgrenzung zu seinem politischen Ziehvater Erbakan klare Zeichen des außenpolitischen Wandels und der innenpolitischen Reform aus. So besuchte er nach Amtsantritt den regionalen „Erzrivalen“ Griechenland, um die Entspannungspolitik der Vorgängerregierung fortzusetzen. Daraufhin führten ihn seine Wege in alle wichtigen Hauptstädte

<sup>23</sup> Vgl. im Überblick Asseburg, *Moderate Islamisten als Reformakteure?*, Berlin 2008 sowie bzgl. der jüngsten Entwicklungen in Ägypten Abdel-Samad, Hamed: *Katzenjammer in Kairo*, in: *Cicero*, 8, 2011, S. 46-50.

<sup>24</sup> Erdoğan konnte erst nach einer Gesetzesänderung des neuen Parlaments und einer Nachwahl für seinen Wahlkreis in die Nationalversammlung gewählt werden. Bis dahin führte Abdullah Gül die Amtsgeschäfte als Regierungschef. Vgl. Özel, *After the Tsunami*, 2003.

Europas, um die Ambitionen seiner Regierung zu bekräftigen, die Türkei in die EU zu führen. Und während die AKP-Parlamentsfraktion mit ihrer deutlichen Mehrheit mehrere große Reformpakete verabschiedete, die dem Land schließlich die Zusage für den Beginn von Beitrittsverhandlungen mit der EU zum Oktober 2005 einbrachten, eröffnete der damalige Außenminister Abdullah Gül erstmals einen Reformgipfel der NATO in Istanbul und mahnte gleichsam vor Vertretern der OIC-Mitgliedsstaaten in Teheran die Notwendigkeit an, in den islamischen Ländern demokratische Reformen vorzunehmen und den Beitrag der Zivilgesellschaften bei der Modernisierung der Länder zuzulassen.<sup>25</sup>

In die Anfangszeit der AKP fällt auch der Beschluss über das politische Programm und Profil der Partei, welchem Erdoğan und seine Mitstreiter den Namen „Konservative Demokratie“ gaben. Alternativ zu den anderen etablierten Parteien des linken, rechten und des islamistischen Lagers entwickelte die Partei ein Konzept, welches demokratischen Reformismus mit den kemalistischen Prinzipien und den kulturell-religiösen Traditionen und Werten der Türkei zu verbinden versuchte. Es galt, die seit 2001 entstandene AKP als politische Kraft der Mitte zu profilieren, die die in ihren kulturellen Traditionen und religiösen Werten verwurzelten Menschen durch Demokratisierung und Modernisierung mit den republikanischen Prinzipien des Staates versöhnen wollte.<sup>26</sup> Hatte die 1980 von den Militärs eingesetzte Verfassung den Grundsatz verankert, dass der Bürger dem Staat zu dienen und sich dessen Prinzipien unterzuordnen hatte, so beabsichtigte die AKP, diesen Grundsatz sinngemäß umzudrehen. Durch weitreichende Gesetzesänderungen stärkte sie den Schutz der Menschen- und Minderheitenrechte sowie die bürgerlichen Freiheiten. Ferner sollten Bürokratie und die Justiz reformiert und das Militär nach und nach aus dem politischen Institutionengefüge verdrängt bzw. unter zivile Kontrolle gebracht werden.<sup>27</sup>

<sup>25</sup> Vgl. Gül, Abdullah: Turkey's role in a changing Middle East environment, in: *Middle East Quarterly*, 15(1), 2004, S. 1-7.

<sup>26</sup> Vgl. Joppien, Charlotte: Die türkische Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP). Eine Untersuchung des Programms „Muhafazakar Demokrasi“, Berlin 2011.

<sup>27</sup> Zu den bisherigen innenpolitischen Reformen, Entwicklungen und Debatten seit Antritt der AKP-Regierung vgl. Hale, William/ Özbudun, Ergun: Islamism, democracy, and liberalism in Turkey: the case of the AKP, Abingdon/ New York 2010; Keyman, E. Fuat: Modernization, globalization and democratization in Turkey: The AKP experience and its limits, in: *Constellations*, 17(2), 2010, S. 312-337; Söyler, Mehtap: Der demokratische Reformprozess in der

Darüber hinaus förderte die AKP-Regierung durch eine liberale Wirtschafts- und Finanzpolitik die ökonomische Entwicklung und den infrastrukturellen und industriellen Ausbau des Landes, öffnete die Türkei für ausländische Investitionen und erschloss durch eine aktive Handelspolitik neue Auslandsmärkte für die wachsende Zahl erfolgreicher türkischer Unternehmer. Seit dem Jahr 2002 hatte sich das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in der Türkei vervielfacht, die Türkische Lira durch eine Währungsreform an Härte gewonnen und die Inflation konnte konstant unter zehn Prozent gehalten werden. Wegen des anhaltenden Wirtschaftswachstums in Folge des steigenden Konsums der Türken und der guten Auftragslage hatte die türkische Wirtschaft auch noch während der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008 kaum größere Einbrüche und Instabilitäten zu verzeichnen, obwohl die Staatsverschuldung weiterhin hoch und das soziale Gefälle im Land tief ist.<sup>28</sup> Symbol der „neuen“ Türkei wurde die Stadt Istanbul mit ihrer Jahrhunderte alten Geschichte und ihrem vielfältigen, kosmopolitischen Charakter, der nicht nur Touristen und Investoren sondern auch Staatsgäste aus aller Welt anlocken sollte.<sup>29</sup>

Diese Form der *public* und *image diplomacy* intensivierte die AKP-Regierung mehr als alle ihre Vorgängerinnen. So lud sie etwa zum NATO-Reformgipfel, zu Konferenzen der OIC und zu Zusammenreffen mit afrikanischen Staats- und Regierungschefs. Vor allem aber initiierte sie zahlreiche bi- und multilaterale Vermittlungsbemühungen, etwa zwischen den ehemals verfeindeten Staaten Ex-Jugoslawiens oder verschiedenen Konfliktparteien des Nahen und Mittleren Osten. Dieser schon von der AKP-Vorgängerregierung eingeleitete Trend hin zu einer neuen, proaktiven Außenpolitik, der von der AKP konsequent weiterfolgt und intensiviert wurde, war grundlegend und strategisch vom Politikwissenschaftler Ahmet Davutoğlu initiiert worden, der anfangs noch außenpolitischer Berater des Regierungschefs

Türkei, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 39-40, 2009, S. 3-8; Yakuz, The emergence of a new Turkey, 2006

<sup>28</sup> Vgl. bspw. Elitok, Secil Pacaci/ Straubhaar, Thomas: The Turkish Economy after the Global Economic Crisis, Hamburg 2010, [www.transatlanticacademy.org/publications/turkish-economy-after-global-economic-crisis](http://www.transatlanticacademy.org/publications/turkish-economy-after-global-economic-crisis); Öniş, Ziya: Beyond the 2001 financial crisis: The political economy of the new phase of neo-liberal restructuring in Turkey, in: *Review of International Political Economy*, 16(3), 2009, S. 409-432.

<sup>29</sup> Besondere Bedeutung kam Istanbul 2010 zu Teil, als es den Titel „Kulturhauptstadt Europas“ trug und sich als solche präsentieren konnte. Vgl. bspw. Doğan, Evinc: Reimagining the city: Istanbul towards globalization and commodification, in: *Pasos*, 8(3) 2010, S. 7-16.

war und schließlich 2009 zum Außenminister aufstieg. In seinen Politikkonzept der „Strategischen Tiefe“ entwirft er die Rolle der Türkei als international verantwortungsvolle und regional Stabilität erzeugende Zentralmacht, die sich von den Prinzipien einer multidimensionalen, proaktiven Außenpolitik durch Soft-Power-Diplomatie und einem „Null-Problem-Ansatz“ gegenüber den Nachbarstaaten auszeichnen sollte, welche man durch wachsende politische, ökonomische und soziale Interdependenz erreichen will.<sup>30</sup> Mit Davutoğlus strategischem Ansatz erreichte die AKP-Regierung bemerkenswerte außenpolitische Fortschritte bei der Entspannung ihrer jahrelang belasteten Beziehungen zu den Nachbarländern Griechenland, Armenien und Russland, Iran, Irak und Syrien. Durch ihre Vermittlungsbemühungen in Konflikten sowie durch ihre Kompromissbereitschaft und dem Willen auf Herstellung von *win-win*-Situationen und einvernehmlichen Lösungen wurde der AKP-Regierung international Respekt gezollt. Deutlich zeigte sich der Erfolg ihrer neuen Außenpolitik in der Wahl der Türkei in den UN-Sicherheitsrat 2006-2008, in dem das Land 56 Jahre lang nicht mehr vertreten gewesen war.

Allerdings brachten nicht alle diplomatischen Bemühungen den gewünschten Erfolg oder stießen ausschließlich auf Anerkennung. So stockte etwa die 2008 gestartete Versöhnungsinitiative der Türkei und Armeniens wegen des Einspruchs Aserbaidschans und des noch immer festgefahrenen Konflikts der beiden Kaukasusstaaten um die Region Nagorno-Karabagh. Auch traten erhebliche Spannungen zwischen der Türkei und den USA auf, als das türkische Parlament 2003 die Anfrage der Bush-Administration nach einem Truppendurchzug für den Einmarsch der US-Truppen und ihrer Verbündeten in den Irak ablehnte, oder auch 2009, als sich die türkische Regierung im UN-Sicherheitsrat gegen eine Initiative der USA und anderer westlicher Staaten für eine Verschärfung von Sanktionen gegen den nach Nuklearenergie (und wahrscheinlich Atomwaffen)<sup>31</sup> strebenden Iran stellte. Das Verhältnis zu Israel, welches in den 1990er Jahren durch eine intensive militärische und sicherheitspolitische, aber auch wirtschaftliche und soziale Zu-

sammenarbeit aufgeblüht war, gilt als schwer zerrüttet. Zwar vermittelte die AKP-Regierung erfolgreich zwischen Israel und Syrien, doch fühlte sie sich von Israel düpiert, als dieses, ohne die Türkei vorab zu informieren, 2008 die israelfeindliche Hamas im Gaza-Streifen angriff. In der Folge prangerte Ministerpräsident Erdoğan mehrmals lautstark und offen die Siedlungs- und Diskriminierungspolitik Israels gegenüber den Palästinensern und die Isolation des Gaza-Streifens an. Einen Tiefpunkt erreichten die Beziehungen der beiden Staaten im Mai 2010, als das türkische Schiff „Mavi Marmara“, welches mit einer multinationalen Flotte weiterer Schiffe zum Hilfseinsatz nach Gaza aufgebrochen war, von der israelischen Armee vor der Küste in internationalen Gewässern gestürmt wurde, wobei neun türkische Aktivisten starben. Eine offizielle Entschuldigung und Entschädigung der Opfer lehnt Israel aus Überzeugung über die Rechtmäßigkeit seines Vorgehens bislang ab, was die türkische Regierung im September 2011 veranlasste, die diplomatischen Beziehungen zu Israel herabzustufen, den israelischen Botschafter auszuweisen und alle militärischen Abkommen mit dem Land auf Eis zu legen. Schließlich treten seit einigen Jahren auch die Beitrittsverhandlungen mit der EU auf der Stelle, da beide Seiten nicht gewillt sind, Zugeständnisse im Streitfalls um die Zukunft der geteilten Insel Zypern zu machen oder Lösungen im gegenseitigen Einvernehmen zu finden. Auch kritisiert Ankara die Einseitigkeit der bisherigen Bemühungen zur Annäherung, da einige Mitgliedsstaaten der Union, allen voran Frankreich und Deutschland, prinzipiell gegen einen möglichen Beitritt der Türkei seien und sie mit dieser Haltung früher gemachte Zusagen nicht einhalten würden.<sup>32</sup>

<sup>30</sup> Vgl. Davutoğlu, Ahmet: *Stratejik derinlik. Türkiye'nin uluslararası konumu*, Istanbul 2001; ders.: *Turkey's foreign policy vision: An assessment of 2007*, in: *Insight Turkey*, 10(1), 2008, S. 77-96; ders.: *Turkish Foreign Policy and the EU in 2010*, in: *Turkish Policy Quarterly*, 3, 2009, S. 11-17.

<sup>31</sup> Vgl. „Iran: The damning nuclear evidence“, in: *The Telegraph* vom 2. November 2011, [www.telegraph.co.uk/news/worldnews/middleeast/iran/886022/Iran-the-damning-nuclear-evidence.html](http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/middleeast/iran/886022/Iran-the-damning-nuclear-evidence.html).

<sup>32</sup> Vgl. zur Außenpolitik unter der AKP-Regierung bspw. „A very special relationship. Why Turkey's EU accession process will continue“, Bericht der European Stability Initiative, Berlin/ Istanbul 2010, [www.esiweb.org/index.php?lang=de&id=156&document\\_ID=118](http://www.esiweb.org/index.php?lang=de&id=156&document_ID=118); Bağcı, Hüseyin: *Changing Geopolitics and Turkish Foreign Policy*, Wien 2009, [www.iilp.at/index.php?download=140.pdf](http://www.iilp.at/index.php?download=140.pdf); Gürbey, Gülistan: *Wandel in der türkischen Außenpolitik unter der AKP-Regierung? – Außenminister Davutoğlus Konzept der „Strategischen Tiefe“*, in: *Südosteuropa Mitteilungen*, 50(2), 2010, S. 16-27; Müftüler-Baç, Meltem/ Stivachtis, Yannis (Hrsg.): *Turkey – European Union relations. Dilemmas, opportunities, and constraints*, Plymouth 2008; Öniş, Ziya: *The new wave of foreign policy activism in Turkey. Drifting away from Europeanization*, Kopenhagen 2009, [www.diis.dk/graphics/Publications/Reports2009/DIIS\\_report\\_2009-05\\_New\\_wave\\_of\\_foreign\\_policy\\_activism\\_in\\_Turkey\\_web.pdf](http://www.diis.dk/graphics/Publications/Reports2009/DIIS_report_2009-05_New_wave_of_foreign_policy_activism_in_Turkey_web.pdf); Öztürk, Asiye: *Vom Sicherheitsrisiko zum Stabilitätsfaktor? Der Wandel der türkischen*

Zwar verlangsamte sich der Reformeifer der AKP im Laufe der Jahre ihrer Regierungszeit, da gleichzeitig zum Abkühlen der Beziehungen zur EU die Zahl und Härte der innenpolitischen Konflikte mit den alten Kräften, allen voran dem Militär, den Gerichten und den kemalistischen Parteien und Gruppen, zunahm. Streitpunkte waren dabei nicht nur typische Reizthemen wie das Verbot des Kopftuchs in staatlichen Einrichtungen und die scheinbar wachsende Rolle der Religion im öffentlichen Raum, sondern auch das langsame Aufbrechen von Tabus wie etwa die Unterdrückung der Kurden und Repression gegen Systemkritiker, die Diskriminierung von religiösen und ethnischen Minderheiten sowie die ständig von den alten Kräften geschürte Angst vor inneren und äußeren Feinden der kemalistischen Staatsordnung.<sup>33</sup> Wenngleich bis heute noch keines der Konfliktfelder ausreichend befriedet werden konnte,<sup>34</sup> hat die AKP-Regierung unter Erdoğan dazu beigetragen, dass sich in der Türkei ein Klima weitgehend offener und friedlicher Diskussion entwickelt. Für diese Haltung stößt die Regierung auf Zustimmung in der Bevölkerung und im Ausland. Erdoğan's Reformpolitik und seine anhaltenden Versprechen, den Weg Richtung EU-Beitritt trotz allen Gegenwinds aus Europas Hauptstädten weiterzugehen sowie am Ziel einer Demokratisierung und Modernisierung des Landes innerhalb der bestehenden Ordnung festzuhalten, brachten seiner AKP weitere Siege bei den Kommunalwahlen 2004 und 2009 sowie bei den Parlamentswahlen 2007 und 2011 ein. 2007 konnte sogar – nach zum Teil heftigen Konflikten mit den kemalistischen Kräften – Abdullah Gül zum neuen Präsidenten der Republik gewählt werden.<sup>35</sup>

---

Regionalpolitik im „Greater Middle East“ unter besonderer Berücksichtigung der Phase nach dem 11. September 2001, Berlin 2010; Robins, Philip: Turkish Foreign Policy since 2002: between a ‚post-Islamist‘ government and a Kemalist state, in: *International Affairs*, 83(2), 2007, S. 289-304; Ülgen, Sinan: A place in the sun or fifteen minutes of fame? Understanding Turkey's new foreign policy, Brussels et al. 2010, [http://carnegie-endowment.org/files/turkey\\_new\\_foreign\\_policy.pdf](http://carnegie-endowment.org/files/turkey_new_foreign_policy.pdf).

<sup>33</sup> Vgl. bspw. Hermann, Rainer: Wohin geht die türkische Gesellschaft? Kulturkampf in der Türkei, München 2008; Kramer, Heinz: Türkische Turbulenzen: Der andauernde Kampf um die „richtige“ Republik, Berlin 2009

<sup>34</sup> Vgl. Gürbey, Gülistan: Innen- und außenpolitische Perspektiven der Türkei nach den Parlamentswahlen vom 12. Juni 2011, in: *Südosteuropa Mitteilungen*, 51(4), 2011, S. 56-69

<sup>35</sup> Die Befürchtungen und Vorwürfe der alten Eliten und der AKP-Kritiker im Vorfeld der Wahl, mit dem „Fall dieser letzten Bastion der kemalistischen Ordnung“ würde der

Im zehnten Gründungsjahr ist die AKP offenbar zu jener Art führenden konservativen Partei geworden, wie es ihre Väter intendiert hatten. Eine Zwischenbilanz ziehend, erweisen sich allerdings noch viele Baustellen als offen: Weder ist der Umbau der Staatsordnung und die Reform einer neuen Verfassung im zivilen, demokratischen Geist beendet noch sind die Menschen- und Bürgerrechte umfassend und ausreichend gestärkt, die haushalts- und wirtschaftspolitische Ordnung nachhaltig stabilisiert, die sozialen, ethnischen und religiösen Spannungen innerhalb der Gesellschaft abgebaut sowie die Beziehungen zu allen Nachbarn befriedet und die Aufnahme der Türkei in die EU gesichert. Dennoch muss eingestanden werden, dass die bisherige Regierungsleistung beachtlich ist und von der Ambition zeugt, das Land im Positiven verändern zu wollen, es gegen die negativen Effekte der Globalisierung zu schützen und es „fit“ für das 21. Jahrhundert zu machen. Dabei wäre es freilich falsch, die positiven Entwicklungen der Türkei in den vergangenen Jahren nur der AKP-Regierung zuzuschreiben. Auch haben die Wirtschaft und die Finanzwelt, die Zivilgesellschaft und die Medien ebenso wie auch reformbereite Gruppen innerhalb der kemalistischen Eliten ihren Anteil am Erfolg, indem sie die Regierung bei ihrer Arbeit entweder unterstützen oder Korrekturen anmahnen und nachhaltig einfordern.

## 5. Fazit: Die neue Türkei vor großen Herausforderungen

Erst nach und nach entledigt sich die „neue“ Türkei der Relikte der alten Zeit. Die politischen Gewalten und Institutionen kämpfen weiter erbittert gegeneinander und auf dem Rücken der Bürger um ihre Machtressourcen und Kompetenzbereiche; den Parteien fehlt es nach wie vor an interner Demokratie und einer liberalen Debattenkultur; in der Bürokratie ist Korruption noch weit verbreitet so wie auch die Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt unter den Sicherheitsbehörden noch stark ausgeprägt ist; den Kurden und Aleviten werden ihre Bedürfnisse und Rechte nach Mitsprache, Partizipation und Fortschritt trotz Reformen weiterhin vorenthalten; ebenso erleben sozial Schwache und Minderheiten immer noch Diskriminierung; und schließlich krankt das Land an einem großen, unkontrollierbaren informellen Sek-

---

Partei die Chance gegeben werden, ihre islamistischen Vorstellungen von einem Umbau des Staates endgültig in die Tat umsetzen zu können, erweisen sich bislang als haltlos. Vgl. Hale/ Özbudun, Islamism, democracy, and liberalism in Turkey, 2010, S. 148-151.

tor, an der noch ungezähmten Staatsverschuldung und dem starken sozialen Gefälle zwischen Stadt und Land sowie West und Ost. Ob umfangreiche Reformvorhaben und sogar eine neue Verfassung dem Abhilfe verschaffen werden, ist bestenfalls mittelfristig zu sehen und benötigt daher ein Höchstmaß an Geduld sowohl bei den Reformakteuren in der Politik, Wirtschaft und Verwaltung, als auch in der Gesellschaft und den Medien im In- und Ausland, die wachen Auges die weiteren Reformschritte der Regierung und des Parlaments beobachten.

Auch außenpolitisch muss die Türkei ihren eingeschlagenen vielversprechenden Weg mit noch mehr Konsequenz und Prinzipientreue gehen. Ahmet Davutoğlu Grundsätze – seine proklamierten Null-Problem-Ambitionen, die diplomatische Soft-Power-Strategie und die Politik der offenen Gesprächskanäle zu allen Akteuren – sind trotz aller Entwicklungen 2011 vorbildlich und sollten über die Türkei hinaus inspirierend für andere Staaten wirken. Die Etappen-Erfolge bei der Konfliktvermittlung und -entspannung in der Vergangenheit gaben Davutoğlu Ansatz Recht und machen das Land stolz. Wer heute auf türkische Politiker, Unternehmer und Gesellschaftsvertreter trifft, der muss sich auf selbstbewusst auftretende Charaktere einstellen, die von der Leistungsbereitschaft und dem Gestaltungswillen ihres Landes überzeugt sind.

Doch bestehen unterhalb der strategischen Ebene angesichts einiger außen-politischer Taktiken beim Umgang mit Ländern wie Armenien, Israel und Zypern Zweifel am Willen aller Regierungsmitglieder, die Prinzipien auch gegen vermeintlich Schwächere anzuwenden. Die Glaubwürdigkeit des Ansatzes, der außenpolitisch die neue Türkei widerspiegeln und einen neuen Stil in der türkischen Diplomatie verankern soll, steht derzeit auf dem Spiel. Die selbstbewusste Haltung kann schnell zu Überheblichkeit kippen und gefährdet das ganze Projekt des Landes, sich von der „alten“ Türkei zu verabschieden und das Bild der Türkei und der Türken ins Neue, Moderne und Positive wenden zu wollen. Populistische Rhetorik und polterndes Auftreten, wie es Erdoğan gerade in der jüngsten Vergangenheit gegen Israel oder Zypern an den Tag gelegt hat, mag ihm Pluspunkte in der alten muslimischen Welt gegenüber Iran bzw. zuhause gegenüber den Anhängern des alten System liefern, doch sie entfernt ihn gleichsam von einem mehrheitlich Türkei-skeptischem Europa wie auch von der fortschrittlichen Jugend im In- und Ausland, die sich nach jener Stabilität und Versöhnung sehnt, für die Erdoğan und seine AKP anfangs eingetreten sind.

Insgesamt müssen sich die Türken bewusst sein, dass ihr Land zwar nicht als konkretes Modell oder Vorbild für die Transformationsländer im südlichen Mittelmeer zählen kann. Ihre Schritte hin zu einer liberalen, pluralistischen Gesellschaft innerhalb eines demokratisch geführten Staates, der sich international verantwortungsvoll und stabilisierend einbringt, werden jedoch von den nach Veränderung und Modernisierung strebenden arabischen Völkern aufmerksam beobachtet. Dabei darf es nicht um alte Vorurteile oder Ressentiments gehen, sondern um das große Ganze: eine dauerhafte Stabilisierung der Region und eine Lösung der zahlreichen Konflikte in der Türkei sowie mit und in ihrer Nachbarschaft. Außer Frage steht dabei, dass hierfür auch die europäischen Länder, die USA und die anderen global wirksamen Akteure Russland und China in die Pflicht genommen werden müssen, um partnerschaftlich mit der Türkei stabilisierend auf die Konflikte einwirken zu können.